

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 01.12.2015
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Selige, Dieter

Mitglieder

Dälken, Martin

Daudt, Georg

Gröne, Christoph

Grothaus, Ludwig

für Hebbelmann, Udo

Jantos, Annette

Lücke, Dagmar

Pesch, Karl-Heinz

Schmechel, Peter

Springmeier, Wolfgang

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Plogmann, Karl-Heinz

Lührmann, Bärbel

Hornstein, Anton

Kröner, Jörn

Krüger, Nele

bis TOP 4

bis TOP 5

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Hebbelmann, Udo

Zuhörer

Beermann, Volker

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2015
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Kassenprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt
4.	Feuerwehrorganisationssatzung (FOS) der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadt Georgsmarienhütte Vorlage: BV/230/2015
5.	Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2016 - mündlicher Vortrag
6.	Berichtswesen 30.09.2015 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/050/2015
7.	Stellenplan für das Jahr 2016 Vorlage: BV/232/2015
8.	Haushalt 2016
8.1.	Antrag auf Förderung der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur für das Areal Rehlberg Vorlage: BV/242/2015/1
8.2.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016 Vorlage: BV/242/2015
9.	Beteiligungsbericht 2015 Vorlage: MV/052/2015
10.	Beantwortung von Anfragen
11.	Anfragen
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der

Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Es wird hingewiesen auf eine Ergänzung zu TOP 8 (Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016). Hierzu wurde heute eine weitere Vorlage vorgelegt und zwar: Antrag auf Förderung der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur für das Areal Rehlberg. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen oder Einwohner sind nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls Nr 4/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2015

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr.4/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2015 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Kassenprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt

Das Rechnungsprüfungsamt hat am 19.11.2015 eine Kassenprüfung durchgeführt. Zusammenfassend wurde festgestellt: Die Kassengeschäfte werden ordnungsgemäß und wirtschaftlich erledigt werden. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

4. Feuerwehrorganisationssatzung (FOS) der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadt Georgsmarienhütte Vorlage: BV/230/2015

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Frau Jantos erklärt, man habe die Angelegenheit noch nicht in der Fraktion beraten und bitte daher darum, auf eine Beratung im heutigen Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu verzichten. Über die Feuerwehrorganisationssatzung solle dann im Verwaltungsausschuss und im Rat beraten werden.

Mit diesem Vorschlag erklären sich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft einverstanden.

5. Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2016 - mündlicher Vortrag

Der städtische Architekt Herr Hornstein stellt anhand einer Präsentation das Bauunterhaltungsprogramm für das Jahr 2016 vor (sh. Anlage). Der Ansatz für die Bauunterhaltung beträgt für 2016 1.226.000 €. Darüber hinaus sind noch Maßnahmen umzusetzen für die in Vorjahren Rückstellungen gebildet worden waren. Herr Hornstein verweist auf zwei Änderungen, die sich gegenüber der bisherigen Darstellung ergeben haben: Die Kosten für die Dachsanierung werden aktuell mit 190.000 € (bisher 230.000 €) kalkuliert. Für die Grundschule Harderberg werden die Kosten für die Sanierung der Stromhauptverteilung und die Brandschottung zum Dachboden mit 40.000 € veranschlagt.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft bedanken sich für die Informationen zum Bauunterhaltungsprogramm 2016.

Frau Jantos erklärt, es sei bedauerlich, dass aufgrund personeller Engpässe einige Maßnahmen in das Jahr 2017 geschoben werden müssen.

6. Berichtswesen 30.09.2015 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
Vorlage: MV/050/2015

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft nehmen das Berichtswesen zum Stichtag 30.09.2015 zur Kenntnis.

7. Stellenplan für das Jahr 2016
Vorlage: BV/232/2015

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Ratsmitglied Schmechel fragt an, ob für die im Stellenplan mit einem kw-Vermerk versehenen zusätzlichen Stellen für die Flüchtlingsbetreuung befristete Einstellungen vorgesehen seien.

Dies wird von der Verwaltung unter Hinweis auf das Vorliegen eines sachlichen Grundes bestätigt.

Ratsmitglied Dälken ergänzt, es sei vereinbart, dass die Besetzung nach und nach erfolge, d.h. je nach Entwicklung der Flüchtlingssituation vor Ort.

Ratsmitglied Jantos erklärt, die Fraktion SPD/DIE LINKE beantrage eine zusätzliche Stelle für einen Bautechniker. Im Gebäudemanagement bestehe dringender Personalbedarf, um die wahrzunehmenden Aufgaben erledigen zu können. Es mache keinen Sinn, Maßnahmen in den Haushalt einzustellen, wenn nicht ausreichend Personal für die Umsetzung zur Verfügung stehe. Außerdem habe sich gezeigt, dass zahlreiche Schäden an städtischen Gebäuden zu verzeichnen seien, da extern beauftragte Architekten die Bauüberwachung nicht ordnungsgemäß durchgeführt haben.

Ratsmitglied Dälken erklärt für die CDU-Fraktion, bei Einführung des Zentralen Gebäudemanagements sei hier bereits personell aufgestockt worden. Die Einstellung weiteren Personals in diesem Bereich lehne man ab. Da der städtische Haushalt bei Weitem nicht ausgeglichen sei, müsse genau geschaut werden, was die Stadt sich leisten könne. Das Auftreten von Fehlern bei der Bauüberwachung sei auch bei eigenem Personal möglich. Hier bestehe sogar der Nachteil, dass i.d.R. niemand haftbar gemacht werden könne.

Ratsmitglied Pesch ergänzt, dass man aufgrund der Möglichkeit der Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen grundsätzlich für die externe Vergabe von Leistungen in diesem Bereich sei. Auch sei zu bedenken, dass neues Personal dauerhaft erhalten bleibe, auch wenn das Auftragsvolumen sinke.

Von Seiten der Fraktion SPD/DIE LINKE wird vorgetragen, die Mitarbeiter des ZGM leisten gute Arbeit und zeigen hohe Einsatzbereitschaft, seien aber stark überlastet. Neben der laufenden Bauunterhaltung und Abarbeitung zahlreicher aufgetretener Schäden müsse auch eine Vielzahl von Projekten im Investitionsbereich umgesetzt werden. Es bestehe eine Fürsorgepflicht gegenüber dem Personal, das nicht dauerhaft überfordert werden dürfe. Auch sei zu bedenken, dass externe Architekten oftmals gar nicht zu bekommen seien und wenn, müsse auch diesen zugearbeitet werden. Es sei wichtig, die Umsetzung von Maßnahmen zu kontrollieren und entsprechenden Sachverstand im Hause zu haben.

Von der CDU-Fraktion wird erwidert, angesichts der defizitären Haushaltslage müssen auch Einsparvorschläge gemacht werden. Die Stadt könne es sich nicht leisten, jedes Jahr Personalaufstockungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang werde um Darstellung gebeten, wie sich die Zahl der Stellen in den vergangenen 10 Jahren entwickelt habe.

Ratsmitglied Schmechel gibt zu bedenken, dass die Einstellung von Personal zu Kosteneinsparungen an anderer Stelle führen könne und bittet die Verwaltung zu versuchen, eine entsprechende Aufrechnung vorzunehmen.

Nach Abschluss der Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag auf Einrichtung einer **zusätzlichen Bautechnikerstelle** abstimmen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Zu der im Stellenplan vorgeschlagenen zusätzlichen Planstelle für die **Überprüfung der nicht ortsfesten elektrischen Anlagen in städtischen Gebäuden** wird von der CDU-Fraktion erklärt, dass hier noch **Beratungsbedarf** bestehe.

Von der Fraktion SPD/DIE LINKE wird darauf hingewiesen, dass das im Fachausschuss IV am 30.11.2015 vorgestellte Ergebnis zum Thema **Grünflächenpflege** einen zusätzlichen Stellenbedarf von 7 Stellen ausweise. Derzeit werde bei der Grünflächenpflege nicht einmal der Minimalstandard erreicht. Es sei daher erforderlich, sich ernsthaft mit dem Thema auseinanderzusetzen, wobei zu bedenken sei, dass es keinen Sinn mache, höhere Standards zu beschließen, ohne Personal für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

Von der CDU-Fraktion wird erklärt, die Schaffung von 7 zusätzlichen Stellen zur Erfüllung höherer Standards sei utopisch. Hinsichtlich der Standards müsse versucht werden, Anspruch und Machbarkeit in Einklang zu bringen. Mit der Schaffung zusätzlicher Stellen sei man nicht einverstanden; stattdessen sollen bei Bedarf eher Aufgaben extern vergeben werden.

Es wird vereinbart, das Thema Grünflächenpflege in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.12.2015 weiter zu beraten.

Nach Abschluss der Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Stellenplan, jedoch ohne die zuvor diskutierten zusätzlichen Stellen (Bautechniker, Überprüfung elektrischer Anlagen, Grünflächenpflege) abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich gefasst:

Der Stellenplan 2016 wird in der vorliegenden Fassung (jedoch ohne die zuvor diskutierten zusätzlichen Stellen (Bautechniker, Überprüfung elektrischer Anlagen, Grünflächenpflege) beschlossen

8. Haushalt 2016

8.1. Antrag auf Förderung der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur für das Areal Rehlberg Vorlage: BV/242/2015/1

Es wird verwiesen auf die heute vorgelegte Vorlage, deren Inhalt von Bürgermeister Pohlmann nochmal zusammenfassend dargestellt wird.

Im Oktober wurde veröffentlicht, dass der Bund im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms Mittel zur Förderung der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur in Höhe von 100 Mio. € zur Verfügung stelle, die in den Jahren 2016 bis 2018 zur Verfügung stehen und in 2016 vollständig verpflichtet werden. Die Kommunen waren aufgerufen, bis zum 13. November Anträge zu stellen. Da das Areal Rehlberg mit Sportplatz, leichtathletischer Anlage und Sportheim sowie die Alte Wanne die Voraussetzungen des Förderprogramms erfüllen, wurde von der Verwaltung ein entsprechender Antrag gestellt. Beantragt worden sei ein Gesamtvolumen von rd. 6 Mio. €. Die Förderquote betrage 45 % (rd. 2,7 Mio. €). Grundsätzlich sei bis spätestens 04.12. ein Ratsbeschluss vorzulegen, aus dem hervorgehe, dass der Rat den Antrag unterstütze. Nach Absprache mit dem zuständigen Bundesamt sei zunächst die Vorlage einer Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ausreichend. Der entsprechende Ratsbeschluss sei unmittelbar nach der Ratssitzung nachzureichen. Die Entscheidung über den Antrag werde für Februar/März 2016 erwartet. Eine Nachjustierung bei den bislang lediglich auf Kostenschätzungen beruhenden Kalkulation sei möglich. Über die Realisierung der einzelnen Elemente sei noch zu beraten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sprechen der Verwaltung ihren Dank aus für die Antragstellung, die sehr kurzfristig erfolgen musste. Das Programm scheine für die Projekte Rehlberg und Alte Wanne, die schon seit Jahren geschoben werden, maßgeschneidert zu sein. Durch das Förderprogramm ergebe sich nun eine reelle Realisierungschance.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Stadt Georgsmarienhütte den „Antrag auf Förderung der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für das Areal Rehlberg weiter zu bearbeiten und zu vervollständigen.

Die für die Förderung des vorgenannten Projektes erforderlichen Haushaltsmittel werden unter der I-Nr.: I 09-13-2014 mit insgesamt 5.998.000,00 € in der Ausgabe und mit insgesamt 2.699.100,00 € in der Einnahme (45 % Bundeszuschuss) in den Jahren 2016 bis 2018 bereitgestellt für den Fall, dass die Stadt Georgsmarienhütte für die Förderung ausgewählt wird.

	Ausgabe	Einnahme
2016	50.000 €	22.500 €
2017	4.436.000 €	2.008.400 €
2018	1.485.000 €	668.200 €

8.2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016

Vorlage: BV/242/2015

Es wird verwiesen auf die vorliegende Vorlage sowie die Änderungslisten zum Ergebnishaushalt und zu den Investitionen.

Erster Stadtrat Plogmann erläutert die sich seit Erstellung des Haushaltsentwurfs ergebenden Änderungen bei den Allgemeinen Finanzierungsmitteln.

Über die einzelnen Positionen wird wie folgt beraten:

Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung und Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuern A und B auf 395 % (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)

Bezüglich des Antrages der Fraktion DIE GRÜNEN wird angefragt, ob gesetzliche Änderungen zu erwarten seien, die zur Vereinfachung beitragen können.

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, dass mit einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes auch die Möglichkeit wiederkehrender Straßenausbaubeiträge eröffnet werden solle. Die verschiedenen Möglichkeiten zur Finanzierung des Straßenausbaus seien sorgfältig abzuwägen.

Ratsmitglied Jantos schlägt vor, den Antrag der GRÜNEN nicht im Haushalt 2016 umzusetzen, sondern das Thema im nächsten Jahr aufzuarbeiten.

Auf Anfrage erklärt Erster Stadtrat Plogmann, dass der durch eine Erhöhung des Hebesatzes entstehende Mehrertrag im ersten Jahr der Erhöhung vollständig bei der Stadt verbleibe. Da aber der für die Ermittlung der Steuerkraft maßgebliche gewogene Durchschnittshebesatz von Jahr zu Jahr steige, verbleibe mit der Zeit immer weniger bei der Kommune. Um einen bestimmten Mehrertrag dauerhaft sicherzustellen, seien regelmäßige Anpassungen des städtischen Hebesatzes erforderlich.

Ratsmitglied Springmeier merkt an, dass bei den Straßenausbaubeiträgen eine gerechtere Verteilung erforderlich sei.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Vorschlag, den Antrag der Fraktion die GRÜNEN auf Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung und Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuern A und B auf 395 % für den Haushalt 2016 nicht umzusetzen abstimmen. Der Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Bezuschussung hauswirtschaftlicher Kräfte in Kindertagesstätten (Antrag SPD/DIE LINKE)

Ratsmitglied Trimpe-Rüschmeyer begründet kurz den Antrag. Ziel solle es sein, bei der Mittagsverpflegung in den Kindertagesstätten eine gleiche Förderung wie in den Schulen zu gewährleisten. Man beantrage daher, zusätzlich 180.000 € pro Jahr oder bei geringerer Förderung 100.000 € pro Jahr in den Haushalt einzustellen.

Der Antrag auf Bereitstellung von 180.000 € pro Jahr wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag auf Bereitstellung von 100.000 € pro Jahr wird 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Zuschuss KiTa St. Georg (Austausch Bodenbelag)

Dem Antrag der KiTa St. Georg auf einen Zuschuss in Höhe von 8.000 € für den Austausch des Bodenbelages wird **einstimmig zugestimmt**.

Ausstattung / Bewirtschaftung Notunterkünfte und Personalaufwendungen für Flüchtlingsbetreuung und Hausmeister

Die Veranschlagung zusätzlicher Mittel für die Ausstattung und Bewirtschaftung der Notunterkünfte (Ertrag und Aufwand und gleicher Höhe) sowie für Flüchtlingsbetreuung und Hausmeister wird **einstimmig befürwortet**.

Sportförderung

Der Vorschlag, für die Sportförderung einen zusätzlichen Betrag von 30.000 € in Priorität 2 für 2016 zur Verfügung zu stellen wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Aufstellung Flutlichtmasten Tennenplatz Harderberg

Die zusätzliche Einstellung von 38.000 € für die Wiederaufstellung der Flutlichtmasten wird **einstimmig befürwortet** unter der **Vorgabe**, dass die Umsetzung erst nach Beschluss über ein Konzept für das Areal erfolgt.

Umsetzung Projekte Jugendforum

Die Neuveranschlagung von 10.000 € wird **einstimmig befürwortet**.

Jugendarbeit / Partnerschaften

Aus der Mitte des Ausschusses wird vorgetragen, die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen sei Sache der Menschen in den Städten. Hier sei ehrenamtliches Engagement auf privater Ebene gefragt, was bei der Partnerschaft mit St. Macaire gut funktioniere. Dieses ehrenamtliche Engagement müsse auch für die übrigen Partnerstädte angestrebt und gestärkt werden. Um hier z.B. Ideen entwickeln oder Veranstaltungen durchführen zu können werde vorgeschlagen, einen Betrag in Höhe von **5.000 € in den Haushalt 2016 einzustellen**. Die Einstellung zusätzlichen Personals für diese Aufgabe sei nicht vorgesehen.

Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

Ausweitung von Leistungen des Familienpasses

Von der CDU-Fraktion wird geäußert, die Leistungen des Familienpasses seien vollkommen freiwillig und sollten nicht weiter ausgeweitet werden.

Von der Fraktion SPD/DIE LINKE wird beantragt, 15.000 € zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Im Fachausschuss III sollen dann Vorschläge über die Ausweitung von Leistungen des Familienpasses erarbeitet werden.

Dieser Vorschlag wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

FFH-Gutachten Mühlenteich

Der Antrag, 25.000 € für ein FFH-Gutachten für den Mühlenteich in den Haushalt 2016 einzustellen, wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Klimaschutzkonzept

Die für ein Klimaschutzkonzept vorgesehenen Beträge (12.000 € Aufwand / 8.000 € Ertrag) werden **einstimmig befürwortet**.

Investitionen

Bühnenentwicklung Waldbühne

Ausschussvorsitzender Selige erklärt, für die Bühnenentwicklung Waldbühne bestehe weiterhin Bedarf für die Umsetzung kleinerer Maßnahmen. Ohne finanzielle Beteiligung der Stadt sei jedoch die Einwerbung von Drittmitteln nicht möglich, was dazu führe, dass keine weiteren Aktivitäten zu erwarten seien.

Von der CDU-Fraktion wird vorgetragen, das Konzept für die Bühnenentwicklung der Waldbühne sei inzwischen abgearbeitet, wobei seitens der Stadt viel investiert worden sei. Für weitere Projekte sei ein neues Konzept vorzulegen, was dann in der Politik beraten werden müsse.

Es wird vorgeschlagen, **10.000 € in Priorität 2** vorzusehen, wobei ein Konzept vorzulegen ist, dass auch die Einwerbung von Drittmitteln vorsieht. Eine Überschreitung des Ansatzes ist ausgeschlossen.

Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

Kauf und Umbau Erdgeschoss Rathaus

Ratsmitglied Dälken trägt vor, man sei grundsätzlich dafür, die Erdgeschossflächen des Rathauses zu erwerben. Voraussetzung sei aber, dass sich die Investition rechne. Es sei zu klären, ob die zu erwartenden Mieten zur Finanzierung ausreichen. Außerdem müsse geprüft werden, wie hoch der Sanierungsbedarf für die Flächen sei.

Ratsmitglied Jantos erklärt, der vorgesehene Betrag solle in den Haushalt eingestellt werden. Ein Beschluss über die tatsächliche Realisierung sei jedoch separat vom Rat zu fassen.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass bislang nur sehr grobe Berechnungen zum Kauf der Flächen erstellt worden sein. Um die Option für Verhandlungen über einen Kauf zu haben, sollte der Betrag in den Haushalt eingestellt werden. Detailberechnungen müssten folgen.

Die Veranschlagung von Mitteln in Höhe von 5 Mio. € für Kauf und Umbau des Erdgeschosses Rathaus wird ohne Festlegung auf eine Realisierung einstimmig befürwortet.

Zuschuss (142.000 €) Sanierung Hauptgebäude Landvolkhochschule (Antrag LVHS)

Von den Fraktionen wird darauf hingewiesen, dass die Landvolkhochschule zwar ein Imageträger für die Stadt Georgsmarienhütte sei, dass sie aber in den letzten Jahren bereits hohe Investitionszuschüsse erhalten habe. Man könne nicht jedem Antrag zustimmen, zumal die Stadt derzeit bei ihren eigenen Gebäuden einen hohen Renovierungsbedarf habe. Vielleicht sei es möglich, die Maßnahme zu verschieben oder vom Landkreis Osnabrück eine höheren Zuschuss zu erhalten.

Der Antrag der Landvolkhochschule wird bei 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Zuschuss (15.000 €) zur Errichtung eines Carports (Antrag DRK)

Unter analoger Anwendung der Sportförderrichtlinien wird ein Zuschuss in Höhe von **5.500 €** an das DRK zur Errichtung eines Carports **einstimmig befürwortet**.

Bewegliche Vermögensgegenstände Rathaus (90.000 €)

Erster Stadtrat Plogmann schlägt vor, die Hälfte des Ansatzes, also **45.000 €**, in die **Priorität 2 zu stellen**.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Landfahrerplatz (20.000 €)

Da noch keine geeignete Fläche zur Herrichtung eines Landfahrerplatzes gefunden wurde wird vorgeschlagen, diesen **Ansatz für 2016 zu streichen**. Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

Sanierung Rasensportplatz Kloster Oesede

Der Antrag des VfL Kloster Oesede auf Sanierung des Rasensportplatzes Kloster Oesede wird **einstimmig abgelehnt**.

Zuschuss (17.000 €) und Vorfinanzierung (8.000 €) KiTa St. Georg

Die eingestellten Beträge werden einstimmig befürwortet.

Zuschuss (11.000 €) KiGa St. Antonius (Speiseraum)

Der Zuschuss an den KiGa St. Antonius wird einstimmig befürwortet.

Über die Verschiebung verschiedener investiver Maßnahmen des ZGM wird wie folgt abgestimmt:

Schulhof Marien-/Regenbogenschule	- einstimmig
Außentreppe Dröperschule	- bei einer Enthaltung einstimmig
Schul- und Sportzentrum Harderberg	- einstimmig
BMA und Alarmierung Frh.v.Stein-Schule	- einstimmig
Außenanlagen Sporthalle Realschule	- einstimmig

Treppe Carl-Stahmer-Hauptschule (50.000 € P 2)

Die Veranschlagung wird bei einer Enthaltung **einstimmig befürwortet**.

Neugestaltung Nichtschwimmerbereich und Außenanlagen Waldbad

Um die Möglichkeit zu schaffen, die Maßnahme im Herbst/Winter 2016 umzusetzen, wird vorgeschlagen, **50.000 € in 2016 in Priorität 2 und 50.000 € für das Jahr 2017** einzustellen.

Dieser Vorschlag wird bei 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

OTE Stadtanteil Grundstücksfreilegung (33.000 €) und Kommunikationsplatz (Einzahlungen 43.000, Auszahlungen 100.000 €)

Die Einstellung der Beträge wird bei einer Enthaltung **einstimmig befürwortet**.

Brückensanierungen (Erhöhung des Ansatzes um 100.000 €)

Der Erhöhung des Ansatzes für Brückensanierung von bisher vorgesehenen 150.000 € auf 250.000 € wird **bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Auf der Insel – Beleuchtung

Der **Streichung des Ansatzes** in Höhe von 45.000 € wird bei 9 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Fußwegerweiterung L 95 (Smol)

Der **Verschiebung des Ansatzes** (50.000 €) in das Jahr 2017 wird **einstimmig zugestimmt**.

Auf der Insel – Radweg

Der **Streichung der Ansatzes** in Höhe von 10.000 € wird bei 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme **mehrheitlich zugestimmt**.

Kiewitsheide /Nelkenstraße (einschl. Straßenbeleuchtung)

Der **Verschiebung der Ansätze** (390.000 / 25.000 €) in das Jahr 2017 wird bei **einer Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Fuß- und Radweg Malbergen

Der **Streichung des Ansatzes** (10.000 €) wird **einstimmig zugestimmt**.

LSA Niedersachsenstraße/Dorfstraße/Oeseder Straße

Der **Verschiebung des Ansatzes** (30.000 €) in das Jahr 2017 wird **einstimmig zugestimmt**.

L 95 – Alt-Georgsmarienhütte (Querungshilfen/Randstreifen im Rahmen Sanierung L 95)

Die Veranschlagung von 115.000 € wird **einstimmig befürwortet**.

Radweg Alt-Georgsmarienhütte / Holzhausen

Die Veranschlagung von 5.000 € wird **einstimmig befürwortet**.

Zusätzliche Buswartehallen-/ Unterstände

Die Veranschlagung von zusätzlichen 45.000 € wird **einstimmig befürwortet**.

Warmbierbach (HWS)

Die **Streichung der Ansätze** (Einzahlung 211.800 € / Auszahlung 302.700 €) wird **einstimmig befürwortet**, da die Realisierung der Maßnahme aus Haushaltsresten des Jahres 2015 erfolgen kann.

Fahrzeuge Bauhof (164.000 € Priorität 1 / 85.500 € P 2)

Die für die Anschaffung von Fahrzeugen für den Bauhof eingeplanten Mittel werden **einstimmig befürwortet**.

Erhöhung Kapitalzuführung Stadtwerke

Es wird vorgeschlagen, die mit jährlich 500.000 € vorgesehene Kapitalzuführung im Jahr **2016** (für das Jahr 2015) **um 100.000 € auf dann 400.000 € zu kürzen**.

Dieser Vorschlag wird **bei einer Enthaltung einstimmig angenommen**.

Die übrigen, nicht separat aufgerufenen Positionen des Investitionsprogramms werden vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft insgesamt zustimmend zur Kenntnis genommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Position „**Notunterkünfte für Flüchtlinge**“ noch keine Mittel für Investitionsmaßnahmen im Haushalt eingestellt sind. Hierzu werde vom Fachbereich III eine Vorlage erarbeitet, die in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.12.2015 zu beraten sei.

Ratsmitglied Jantos weist darauf hin, dass die Position „**Stadtplatz Oesede**“ nicht im Investitionsprogramm enthalten sei. Hier sei zu überlegen, ob ein Betrag eingestellt werden soll. Solange die Verfahrensstände der NLG-Verfahren nicht vorliegen, sei sie nicht bereit, diese Maßnahme über die NLG abzuwickeln.

Ratsmitglied Dälken erklärt, über das bisher dargestellte Investitionsvolumen für diese Maßnahme von rd. 5 Mio. € bestehe großes Unverständnis in der Bevölkerung. Seiner Ansicht nach müsse das Gesamtkonzept nochmals überdacht werden mit dem Ziel, eine wesentlich günstigere Variante zu bekommen.

Das Thema soll in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.12.2015 weiter beraten werden.

Von der Fraktion SPD-DIE LINKE wird eine **Erhöhung der Vergnügungssteuer** um 1 %-Punkt beantragt.

Diesem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Eine Abstimmung über den Gesamthaushalt erfolgt nicht.

9. Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: MV/052/2015

Der Beteiligungsbericht 2015 wird zur Kenntnis genommen.

10. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

11. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung